



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**X** N/A €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**X** N/A €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**93****STROMSPEICHER**BVES kritisiert
Verzögerung bei
Speicherregeln**WASSERSTOFF-
NETZ**Praxisnahe Tests für
Wasserstoffnetze**WINDKRAFT**Stadtwerke Münster
sortieren GE-
Windturbinen
komplett aus**Prozent** der Haushalte sprechen
sich dafür aus, der Sicherheit
beim Umbau des Energiesys-
tems denselben Stellenwert ein-
zuräumen wie dem Klimaschutz
und den Energiekosten.

Inhalt

TOP-THEMA→ **WASSERKRAFT:** Pumpspeicherkraftwerk kann sofort gebaut werden**POLITIK & RECHT**

- **STROMSPEICHER:** BVES kritisiert Verzögerung bei Speicherregeln
- **GASNETZ:** Keine Einspeisegebühr für Biogas geplant
- **GAS:** Bundesregierung verteidigt LNG-Vertrag mit Kanada
- **STROMNETZ:** Tennet Germany gehört jetzt zu einem Viertel dem Staat
- **POLITIK:** Linke will neues Heizgesetz vor Gericht vorerst stoppen
- **SPECULANTIUS:** Gesucht: Der neue Präsident der Bundesnetzagentur

HANDEL & MARKT

- **KLIMASCHUTZ:** Erste Auktion im nationalen CO2-Handel bringt Höchstpreis
- **STUDIE:** Shell sieht Europas LNG-Bedarf langfristig hoch
- **STATISTIK DES TAGES :** Exportpreis für LNG aus den USA

TECHNIK

- **WASSERSTOFFNETZ:** Praxisnahe Tests für Wasserstoffnetze
- **IT:** Positive Einstellung zur Digitalisierung der Energiewende
- **BIOMASSE:** Biomasse soll Erdgasbedarf am Industriestandort Langelshem senken

UNTERNEHMEN

- **WINDKRAFT:** Stadtwerke Münster sortieren GE-Windturbinen komplett aus
 - **WIRTSCHAFT:** Baywa will Energiegeschäft loswerden
 - **BILANZ:** Bad Kreuznacher Stadtwerke erzielen Gewinn über Plan
 - **PERSONALIE:** Ralf Libuda übernimmt Geschäftsführung in Detmold
 - **PERSONALIE:** Vertragsverlängerung für Chefin von Jena Netze
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Anstehende Hitzewelle treibt Strom und Gas
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Pumpspeicherkraftwerk kann sofort gebaut werden



Quelle: Verbund

WASSERKRAFT. Das Landratsamt Passau erlaubt den sofortigen Baubeginn für das 300-MW-Pumpspeicherkraftwerk des Verbunds an der Donau.

Das zuständige Landratsamt Passau hat den Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses für das Pumpspeicherkraftwerk „Riedl“ angeordnet. Damit entfalle die aufschiebende Wirkung der anhängigen Klagen, sodass der Bau des Pumpspeicherkraftwerks trotz der laufenden Gerichtsverfahren beginnen könne.

Das teilte der österreichische Energiekonzern Verbund mit, der im bayerischen Teil der Donau die Anlage mit Oberbecken errichten will. Die Entscheidung ermöglicht dem Projektträger, der Donaukraftwerk Jochenstein AG, einer Tochtergesellschaft des Verbunds, den Baustart.

Nach Angaben des Landratsamts, so der Verbund, besteht ein besonderes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung. Der Energiespeicher sei von der Europäischen Union als Projekt von gemeinschaftlichem Interesse (Project of Common Interest, PCI) eingestuft und trage zur Integration erneuerbarer Energien bei.

Verbund: Starkes Signal für Versorgungssicherheit

Der Verbund wertete die Entscheidung als wichtigen Schritt für die Energiewende in Deutschland. Konzernchef Michael Strugl sagte: „Die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses ist ein starkes Signal für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und die Energietransformation in Bayern und Österreich.“

Die Entscheidung bewahre das Projekt vor jahrelangen Verzögerungen und verschaffe ihm „drei bis fünf entscheidende Jahre“ angesichts des schnellen Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik.

Der Energiespeicher Riedl soll eine Leistung von 300 MW erreichen und 3,5 Millionen kWh Strom speichern können. Überschüssiger Strom aus Wind- und Solaranlagen soll zum Hochpumpen von Wasser in ein Oberbecken genutzt und bei Bedarf innerhalb weniger Minuten wieder ins Netz eingespeist werden.

Das Oberbecken entsteht bei Gottsdorf in der Gemeinde Untergriesbach, die Kraftstation am Donaukraftwerk Jochenstein. Als Unterbecken dienen die Stauräume Jochenstein und Aschach. Das Speicherbecken soll ein Volumen von 4,2 Millionen Kubikmetern Wasser aufnehmen und eine Fläche von 24 Hektar umfassen.

Nach Angaben von Verbund beginnen bereits im Sommer 2026 ökologische Monitorings sowie Ausschreibungen für wesentliche Anlagenteile und Modellversuche. Die ersten Bauarbeiten vor Ort sind für den Winter 2026/2027 vorgesehen. Die Inbetriebnahme ist nach bisherigen Planungen für 2031/2032 vorgesehen. Das Investitionsvolumen beträgt mehr als 400 Millionen Euro.

Klagen bleiben davon unberührt

Die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss bleiben davon unberührt. Über sie wird der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entscheiden. Die Kläger können zudem beantragen, die aufschiebende Wirkung ihrer Klagen gerichtlich wiederherzustellen. Bis zu einer anderslautenden gerichtlichen Entscheidung darf das Projekt jedoch weiter umgesetzt werden.

Der Verbund zeigt sich überzeugt, dass das Genehmigungsverfahren rechtssicher durchgeführt wurde. „Im aufwändigen Planfeststellungsverfahren wurden alle naturschutzfachlichen Bedenken sehr ernst genommen. Allen Einwänden wurde im Projekt Rechnung getragen“, erklärte Strügl.

Gegen das Vorhaben hatte unter anderem der Bund Naturschutz in Bayern geklagt. Der Verband befürchtet erhebliche Eingriffe in ein europäisch geschütztes Fauna-Flora-Habitat-Gebiet sowie negative Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenarten. Das Gericht wird nun im Rahmen einer Interessenabwägung prüfen, ob das öffentliche Interesse am sofortigen Vollzug oder das Aussetzungsinteresse der Kläger überwiegt. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Fotolia / malp

BVES kritisiert Verzögerung bei Speicherregeln

STROMSPEICHER. Der Bundesverband Energiespeicher Systeme und der Verband kommunaler Unternehmen sehen Defizite bei den Regeln für Stromspeicher und fordern Änderungen am Flexibilitätsgesetz (FlexBG).

Der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) kritisiert die aus seiner Sicht ausbleibende Festlegung „Mispel“ der Bundesnetzagentur. Nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hätte die Festlegung zur Marktintegration von Stromspeichern und Ladepunkten (MISPEL) bis zum 30. Juni vorliegen müssen. Nach Angaben des BVES ist diese Frist verstrichen, ohne dass die Behörde eine Entscheidung veröffentlicht hat.

BVES-Bundesgeschäftsführer Urban Windelen kritisiert die Verzögerung deutlich. Gerade der Staat müsse sich an selbst gesetzte Fristen halten. Die erneute Verschiebung verlängere die Unsicherheit für Unternehmen, die in die Flexibilisierung des Energiesystems investieren wollten. Nach Einschätzung des Verbandes erschwert die ausstehende Entscheidung Investitionsplanungen in Milliardenhöhe.

Marktintegration von Speichern überfällig

Nach Darstellung des BVES ist die Festlegung ein zentrales Element für die Marktintegration von Batteriespeichern. Sie soll erstmals einen regulatorischen Rahmen schaffen, der es ermöglicht, erneuerbaren Strom und Netzstrom flexibel zu kombinieren, ohne automatisch Ansprüche aus der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder Privilegien nach dem Energiefinanzierungsgesetz zu verlieren. Insbesondere für sogenannte Co-Location-Projekte sowie für den Ausbau von Heim- und Gewerbespeichern sei Planungssicherheit erforderlich.

Der Verband verweist darauf, dass er sich seit Jahren für praxistaugliche Regelungen zur Marktintegration von Speichern einsetzt. Dass das Verfahren erneut verschoben werde, stehe im Widerspruch zum politischen Ziel, die Transformation des Energiesystems stärker über marktwirtschaftliche Instrumente zu organisieren, so Windelen.

Flexibilitätsgesetz greift zu kurz

Kritisch bewertet der BVES auch den Entwurf des Gesetzes zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für mehr Flexibilität im Stromsystem (FlexBG). Zwar begrüßt der Verband, dass Anlagen nach dem Stromversorgungs-Kapazitätsgesetz (StromVKG) künftig schneller genehmigt werden sollen. Für Stromspeicher schaffe der Gesetzentwurf nach Einschätzung des BVES jedoch nur begrenzte zusätzliche Beschleunigung.

Aus Sicht des Verbandes werden speziell die geplanten Regelungen in § 249 Abs. 6a Baugesetzbuch den Anforderungen moderner Co-Location-Projekte nicht gerecht. Energiespeicher müssten dort, wo Windenergie erzeugt werde, ausdrücklich mitgedacht werden. Die Kombination von Windenergieanlagen und Speichern ermögliche eine bessere Auslastung vorhandener Netzanschlüsse, verringere den Bedarf an Netzausbau und erhöhe die Flexibilität des Stromsystems.

Deshalb fordert der BVES, die vorgesehenen Leistungsgrenzen und Planungsvoraussetzungen anzupassen. Der Verband appelliert an Bundesregierung, Bundestag und Bundesnetzagentur, die offenen Verfahren in der zweiten Jahreshälfte abzuschließen und einen verlässlichen Investitionsrahmen für Speicher zu schaffen.

Kritik aus der Kommunalwirtschaft

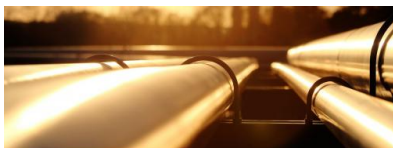
Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sieht im FlexBG grundsätzlich einen Schritt in die richtige Richtung. In seiner Stellungnahme begrüßt der Verband insbesondere die geplante Beschleunigung, Vereinfachung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dadurch könnten Projekte zum Ausbau gesicherter Leistung sowie flexibler Erzeugungs- und Speicherkapazitäten schneller umgesetzt werden.

Gleichzeitig fordert der VKU Nachbesserungen. Nach Auffassung des Verbandes sollten die Beschleunigungsregelungen technologieoffen ausgestaltet und nicht ausschließlich auf Anlagen beschränkt werden, die über das StromVKG gefördert werden. Zudem dürften gesetzliche Höchstfristen nicht dazu führen, dass Behörden Entscheidungen grundsätzlich erst zum letztmöglichen Zeitpunkt treffen. Stattdessen sollten Genehmigungen erteilt werden, sobald entscheidungsreife Unterlagen vorliegen.

Darüber hinaus spricht sich der VKU für eine stärkere Standardisierung der Verfahren aus, um Genehmigungen zu vereinfachen und Doppelprüfungen zu vermeiden. Für die öffentliche Wasserversorgung fordert der Verband außerdem unbefristete wasserrechtliche Bewilligungen nach dem Vorbild von Pumpspeicherkraftwerken. Dies sei notwendig, um langfristige Investitionen und eine verlässliche Versorgung zu gewährleisten. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Keine Einspeisegebühr für Biogas geplant



Quelle: Fotolia / tomas

GASNETZ. Die Bundesnetzagentur hat Orientierungspunkte für eine neue Systematik der Gasnetzentgelte (SyGNE) publiziert. Sie werden nun konsultiert, denn die bisherigen Regeln laufen 2028 aus.

Die Bundesnetzagentur hat Orientierungspunkte für eine neue Systematik der Gasnetzentgelte veröffentlicht. Die Vorschläge bilden die Grundlage für die Festlegung der künftigen Allgemeinen Netzentgeltsystematik Gas (SyGNE), die nach dem Außerkrafttreten der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) gelten soll. Bis zum Abschluss der Konsultation versteht die Behörde ihre Vorschläge ausdrücklich als Diskussionsgrundlage.

Laut der Bundesnetzagentur soll die neue Regelung den veränderten Rahmenbedingungen im Gasnetz Rechnung tragen. Hintergrund ist das gesetzliche Ziel der Klimaneutralität bis 2045. Da fossiles Erdgas langfristig ersetzt werden soll, rechnet die Behörde mit sinkenden Transportmengen in den Gasnetzen. Gleichzeitig bleiben große Teile der Netzinfrastruktur und damit auch die Kosten zunächst bestehen. Dies könnte dazu führen, dass die spezifischen Netzentgelte künftig steigen.

Ziele der Entgeltreform

Nach den Vorstellungen der Bundesnetzagentur soll die künftige Netzentgeltsystematik drei zentrale Ziele erfüllen. Sie soll die Finanzierung der Netze sicherstellen, eine verursachungsgerechte Beteiligung der Netznutzer an den Kosten ermöglichen und zugleich verständlich sowie praktikabel bleiben. Netzentgelte sollen nach Auffassung der Behörde die tatsächliche Netznutzung möglichst realitätsnah abbilden, gleichzeitig aber einfach nachvollziehbar sein.

Für Fernleitungsnetzbetreiber sieht die Bundesnetzagentur keinen grundlegenden Änderungsbedarf. Die Entgeltsystematik sei bereits weitgehend durch europäische Vorgaben sowie bestehende Festlegungen geregelt. Für regionale Verteilernetzbetreiber, die zwischen Fernleitungs- und örtlichen Verteilernetzen angesiedelt sind, orientiert sich die Entgeltsystematik laut der Behörde an den Fernleitungsnetzbetreibern und habe sich ebenfalls etabliert.

Anpassungen im Verteilernetz

Größeren Anpassungsbedarf sieht die Behörde dagegen bei den Gasverteilernetzen. Für örtliche Verteilernetzbetreiber müsse wegen des Auslaufens der GasNEV eine neue rechtliche Grundlage geschaffen werden. Das bislang überwiegend angewandte Netzpartizipationsmodell habe sich nach Angaben der Bundesnetzagentur grundsätzlich bewährt.

Die Beschlusskammer will hier weiterhin an Arbeitsentgelten festhalten. In der Vergangenheit habe sich etabliert, dass rund 70 Prozent der Erlöse des Netzbetreibers durch die Bepreisung der Leistung und 30 Prozent durch die Bepreisung von Arbeit vereinnahmt werden. „Vor dem Hintergrund der Gasnetztransformation kann über eine sukzessive Verringerung des Arbeitspreis-Anteils nachgedacht werden“, so die Agentur. Die Anreizreizwirkung zum sparsamen Gasverbrauch entfalte sich über die Gasbezugsmenge und den Gaspreis selbst.

Für SLP-Kunden sei die Möglichkeit sinnvoll, die Arbeitspreise um einen Grundpreis zu ergänzen. Denn damit behielten die Netzbetreiber die Möglichkeit, die Vorhaltung des Netzes zu einem gewissen Anteil entnahmeunabhängig entgeltseitig abzubilden. Für die Gasnetztransformation könne ein Grundpreis verpflichtend ausgestaltet werden, um einen Deckungsbeitrag der Abnehmer bei sinkenden Mengen zu generieren, so die Behörde.

Kein Einspeiseentgelt für Biogas

Neue Einspeiseentgelte für das örtliche Gasverteilernetz plant die Bundesnetzagentur nicht. Nach ihrer Einschätzung wäre deren Einführung mit hohem Aufwand verbunden, während derzeit nur wenige Einspeiser betroffen wären. Vor allem Biogasanlagen speisen in diese Netze ein, die bereits durch andere gesetzliche Regelungen begünstigt werden.

Auslaufen sollen dagegen die Entgelte für vermiedene Netzkosten. Für bestehende Vereinbarungen gilt nach den Vorstellungen der Bundesnetzagentur ein Vertrauensschutz. Betreiber, denen diese Entgelte bereits zugesagt wurden, sollen sie bis zum Ablauf des jeweils zugesicherten Zehnjahreszeitraums weiter erhalten.

Bestehende Sondernetzentgelte laufen weiter

Auch die bisherigen Regelungen zu Sondernetzentgelten sollen nicht in das neue System übernommen werden. Bereits abgeschlossene Vereinbarungen bleiben nach Angaben der Behörde jedoch unberührt. Außerdem sollen die Vorgaben für die Kostenstellenrechnung auf das für die Anwendung und das Verständnis des Entgeltmodells notwendige Maß reduziert werden.

Die Orientierungspunkte stehen nun zur Konsultation. Am 15. Juli 2026 plant die Bundesnetzagentur einen Expertenworkshop, bei dem die Vorschläge mit Verbänden und weiteren Marktteilnehmern diskutiert werden. Zudem hat die Behörde die Consentec GmbH mit einem Gutachten zu europäischen Modellen der Gasnetzentgelte beauftragt. Nach Abschluss der Konsultation will die Bundesnetzagentur die endgültige Ausgestaltung der neuen Netzentgeltsystematik festlegen.

Die **SyGNE-Vorlage der Bundesnetzagentur** steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesregierung verteidigt LNG-Vertrag mit Kanada



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

GAS. Die Bundesregierung sieht im geplanten LNG-Liefervertrag zwischen Sefe und dem kanadischen Projekt Ksi Lisims bis 2050 keinen Verstoß gegen EU-Recht.

Der geplante Langfristvertrag zwischen der bundeseigenen Securing Energy for Europe (Sefe) und dem kanadischen LNG-Projekt Ksi Lisims verstößt nach Einschätzung der Bundesregierung nicht gegen die Vorgaben der EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor.

Sefe ging durch Verstaatlichung aus der früheren Gazprom Germania hervor und soll die Gasversorgung in Deutschland sichern. Das Unternehmen plant, ab Anfang der 2030er Jahre über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren Flüssigerdgas (LNG) aus dem Projekt Ksi Lisims in der kanadischen Provinz British Columbia zu beziehen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde Anfang Juni im Beisein von Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE) unterzeichnet.

Die Bundesregierung bewertet die Vereinbarung als Teil einer strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Kanada. Laut der Antwort gehe die Zusammenarbeit über einen reinen Liefervertrag hinaus und stärke die Diversifizierung der Gasbeschaffung. Dadurch werde die deutsche Volkswirtschaft widerstandsfähiger gegenüber globalen Risiken.

Langfristige Gaslieferung gefährdet Klimaschutz

Die Grünen hatten die Vereinbarkeit des Vorhabens mit der EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie hinterfragt. Diese verbietet nach Angaben der Bundesregierung den Abschluss langfristiger Lieferverträge für fossiles Gas ohne Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung, deren Laufzeit über den 31. Dezember 2049 hinausgeht. Die Vorgabe soll mit dem geplanten § 114 des Energiewirtschaftsgesetzes in nationales Recht umgesetzt werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung greift diese Regelung im Fall des Ksi-Lisims-Vertrags jedoch nicht. Der Vertrag werde auf Grundlage der Lieferklausel „Free on Board“ (FOB) abgeschlossen. Dabei gehen

Eigentum und Risiko nach Angaben der Bundesregierung bereits mit der Verladung der Ware auf das Schiff im Verschiffungshafen auf den Käufer über. Da sich der Lieferort damit in Kanada befinde, liege der Vertrag außerhalb des räumlichen Anwendungsbereichs des Energiewirtschaftsgesetzes und der entsprechenden EU-Vorgaben.

Die Grünen weisen in ihrer Anfrage darauf hin, dass eine Nutzung des importierten LNG zur Versorgung von Endverbrauchern in der Europäischen Union nach dem 31. Dezember 2049 entsprechend der Richtlinie nicht mehr zulässig wäre. Die Bundesregierung sieht darin jedoch keine Umgehung der Vorschriften. Sie begründet dies damit, dass FOB im internationalen LNG-Handel eine marktübliche Vertragsgestaltung sei. Eine zusätzliche externe juristische Prüfung sei für diese Einschätzung nicht erforderlich, heißt es in der Antwort. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Tennet Germany gehört jetzt zu einem Viertel dem Staat



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Transaktion vollzogen: Der Bund hat über die staatliche KfW-Bank 25,1 Prozent am Übertragungsnetzbetreiber Tennet Deutschland übernommen.

Im Februar war der Kauf vereinbart worden, jetzt ist das Geschäft abgewickelt. Am 3. Juli hat die staatliche KfW-Bank im Auftrag des Bundes 25,1 Prozent der Anteile an Tennet Germany von der niederländischen Tennet Holding übernommen, wie das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) mitteilt. Damit ist der Staat nun an drei der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber beteiligt.

Für den Abschluss der Transaktion waren nach Angaben des Ministeriums unter anderem die fusionskontrollrechtliche Freigabe der EU-Kommission sowie eine erneute Zertifizierung durch die Bundesnetzagentur erforderlich. Die Behörde hatte am 9. Juni nach Prüfung der entflechtungsrechtlichen Vorgaben die Rezertifizierung von Tennet Germany beschlossen. Mit Abschluss dieses Verfahrens waren die regulatorischen Voraussetzungen für den Eigentümerwechsel erfüllt.

Am 30. Juni hatten der norwegische Staatsfonds NBIM, der niederländische Pensionsinvestor APG für den Pensionsfonds ABP sowie der singapurische Staatsfonds GIC ihren Einstieg bei der deutschen Tennet abgeschlossen. Deren gemeinsamer Anteil soll bis 2029 auf 46 Prozent steigen.

Der Bund übernimmt seinen Anteil zu derselben Unternehmensbewertung wie die Mitinvestoren, heißt es aus Berlin. Die KfW-Bank bezifferte im Februar den Kaufpreis auf 3,3 Milliarden Euro. Die verbleibenden Anteile hält weiterhin die niederländische Tennet Holding.

„Mit dem heutigen Transaktionsvollzug sichern wir den Ausbau des Stromübertragungsnetzes als kritische Infrastruktur ab und stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland“, wird Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) in einer Mitteilung des Ministeriums zitiert.

„Ich begrüße, dass neben der KfW auch drei private Investoren Anteile an der Tennet Germany erwerben. Dies ist auch Ausdruck der Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort“. Mit dieser Eigentümerstruktur sei der größte deutsche Übertragungsnetzbetreiber für die Zukunft gut aufgestellt. Mit der neuen Eigentümerstruktur soll die Finanzierung des Netzausbaus langfristig abgesichert werden.

Tennet Germany betreibt mit mehr als 14.000 Trassenkilometern das größte deutsche Stromübertragungsnetz. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Über die KfW hält der Bund bereits 20 Prozent an 50 Hertz sowie 24,95 Prozent an Transnet BW.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Linke will neues Heizgesetz vor Gericht vorerst stoppen



Quelle: Fotolia / vege

POLITIK. Das neue Heizungsgesetz ist noch nicht mal beschlossen, schon zieht die Linke-Fraktion vor Gericht. Die Begründung: Die Auswirkungen seien völlig unklar.

Die Linke-Fraktion im Bundestag will die Verabschiedung des geplanten neuen Heizgesetzes vorerst stoppen. Dazu sei vor dem Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht worden, sagte Violetta Bock, klimapolitische Sprecherin der Fraktion, in Berlin. Damit solle verhindert werden, dass das neue Gebäudemodernisierungsgesetz im Eilverfahren durchgepeitscht werde - ohne dass Auswirkungen auf die Klimawirkung bekannt seien. Ein Gerichtssprecher bestätigte den Eingang eines entsprechenden Organstreitverfahrens sowie eines Eilantrags.

Der Rechtsanwalt Johannes Franke sagte, mit dem neuen Gesetz solle ein „CO2-Kredit zulasten künftiger Gesetzgeber“ aufgenommen werden - allerdings in unbekannter Höhe und mit unbekannten Konditionen. „Das ist aus unserer Sicht unzulässig und verletzt Informationsrechte der Abgeordneten und des Deutschen Bundestages.“

Die Informationen müssten zwingend noch vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens vorliegen, sagte Franke. Der Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht zielt darauf, dass über das Gebäudemodernisierungsgesetz zumindest nicht vor der Sommerpause abgestimmt werde - damit Zeit sei, Informationen zur Klimawirkung noch nachzuliefern.

Umstrittene Reform

Das neue Heizgesetz, das Gebäudemodernisierungsgesetz, könnte in der kommenden Woche vom Bundestag beschlossen werden. Verhandlungen der Koalitionsfraktionen sind aber noch nicht abgeschlossen. Die schwarz-rote Koalition will Kernpunkte der von der früheren Ampel-Regierung beschlossenen Regelungen kippen.

Neben der Wärmepumpe, einem Fernwärmeanschluss, hybriden Heizungsmodellen und einer Biomasseheizung sollen weiterhin auch neue Gas- und Ölheizungen eingebaut werden können - Voraussetzung ist, dass diese ab 1. Januar 2029 einen zunehmenden Anteil CO2-neutraler Brennstoffe wie Biomethan nutzen. Geplant ist eine „Biotreppe“. Diese soll den Übergang zum klimafreundlichen Heizen ebnen. Für bestehende Heizungen soll von 2028 an eine „Grüngasquote“ eingeführt werden, die Versorger erfüllen müssen.

Bock sagte, mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz werde die Lücke zur Erreichung von Klimazielen absehbar größer werden. Doch die Bundesregierung könne auch auf mehrfache Nachfragen keine Aussage zu Klimawirkung und zur Verfügbarkeit von Biogasen treffen. „Wir wollen, dass diese Berechnungen auf den Tisch kommen.“

Auch viele Umweltverbände warnen

Auch viele Umweltverbände warnen vor Rückschritten beim Klimaschutz. Erwartet werden deswegen auch Klagen gegen das Gesetz, wenn es beschlossen wurde. In einem Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hieß es, es bestünden „verfassungsrechtliche Zweifel“, insbesondere ob die Neuregelung der Heizungsemissionen nach dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz Reduktionslasten insgesamt unverhältnismäßig auf die Zukunft verschiebe. Es sei aber offen, wie das Bundesverfassungsgericht diese Zweifel bewerten würde.

Die Grünen reagierten verhalten auf die Klage der Linken gegen das Heizungsgesetz. Michael Kellner, Grünen-Sprecher für Energiepolitik, sagte der „Rheinischen Post“: „Das vorliegende Eilverfahren der Linken beanstandet eher das Verfahren, weniger den Inhalt. Wir sind skeptisch, ob das klappt. Aber wenn die Linke mit ihrer Klage Erfolg hat, freuen wir uns und ich spendiere eine Kiste Rotkäppchen-Sekt für alle.“

Ähnlicher Fall vor drei Jahren

Im Sommer 2023 hatte das Bundesverfassungsgericht kurz vor dem geplanten Parlamentsbeschluss zum damaligen Heizungsgesetz das Vorhaben vorerst gestoppt. Geklagt hatte der damalige CDU-Abgeordnete Thomas Heilmann. Die umstrittenen Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes wurden dann nach der Sommerpause vom Bundestag beschlossen.

Am 23. Juli - also rund drei Jahre nach dem erfolgreichen Eilantrag gegen das alte Heizungsgesetz - entscheidet das Bundesverfassungsgericht über Heilmanns Klage im Hauptverfahren. Dabei geht es nicht inhaltlich um das alte Heizungsgesetz, sondern um die Frage, ob es ein „verfassungsrechtliches Tempolimit“ für die Beratung von Gesetzentwürfen gibt, hatte die Vorsitzende Richterin Ann-Katrin Kaufhold bei der Verhandlung im Februar betont. Heilmann selbst wünscht sich, dass das Gericht in seiner Entscheidung Standards für die parlamentarischen Abläufe formuliert. Dem Parlament falle es oft schwer, sich selbst auf solche Standards zu einigen, sagte er im Februar. Daher seien die Impulse aus Karlsruhe wichtig. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Gesucht: Der neue Präsident der Bundesnetzagentur



SPECULANTIUS. Obwohl die Amtszeit von Behördenchef Klaus Müller erst in einem Dreivierteljahr endet, spekulieren „Tagesspiegel Background“ und „Handelsblatt“ bereits jetzt über die Nachfolge.

Die Personaldebatte um das Präsidentenamt der Bundesnetzagentur nimmt Fahrt auf. Zwar endet die Amtszeit von Klaus Müller offiziell erst Ende Februar 2027. Doch nach Informationen von Tagesspiegel Background sollen die Vorbereitungen für die Nachfolge bereits hinter den Kulissen angelaufen sein. Das Handelsblatt hat die Berichte inzwischen aufgegriffen und damit die Spekulationen weiter befeuert.

Kaum eine Personalie dürfte für die Energiebranche in den kommenden Jahren wichtiger sein. Die Bundesnetzagentur entscheidet über Netzentgelte, den Ausbau der Strom- und Gasnetze, Regulierung und zahlreiche Detailfragen der Energiewende. Wer künftig an ihrer Spitze steht, wird den Kurs der Behörde maßgeblich mitprägen.

Laut Tagesspiegel Background liegt das Vorschlagsrecht für das Präsidentenamt bei der Union. Demnach sind unter anderem der Vorsitzende des Beirats der Bundesnetzagentur, Mark Helfrich (CDU), Unionsfraktionschef Jens Spahn sowie Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche in den Auswahlprozess eingebunden.

Als ein möglicher Kandidat wird Ingbert Liebing genannt. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) verfügt über langjährige Erfahrung in der Energiepolitik und gilt als gut vernetzt. Beobachter weisen allerdings darauf hin, dass sein Alter von 63 Jahren seine Chancen schmälern könnte.

Ebenfalls gehandelt wird Torsten Safarik. Der heutige Geschäftsführer der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) leitete zuvor das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa). Zudem war er in den 2000er Jahren Mitarbeiter der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und verfügt über Verwaltungserfahrung im energiepolitischen Umfeld.

Möglich ist auch eine Verlängerung der Amtszeit von Klaus Müller um weitere fünf Jahre auf insgesamt zehn Jahre. Politisch wäre dieser Weg allerdings nicht ohne Brisanz. Müller wurde vom damaligen grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ins Amt berufen. Ob eine unionsgeführte Bundesregierung diesen Schritt gehen würde, erscheint Beobachtern daher offen.

Bis zur Entscheidung dürfte es noch einige Monate dauern. Fest steht bislang nur eines: Offiziell ist weder eine Personalentscheidung gefallen noch wurde bislang offiziell ein Kandidat oder eine Kandidatin benannt.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Quelle: Shutterstock

Erste Auktion im nationalen CO₂-Handel bringt Höchstpreis

KLIMASCHUTZ. Die Energiebörse EEX in Leipzig hat erstmals Emissionszertifikate im Rahmen des deutschen nationalen Emissionshandelssystems (nEHS) versteigert.

Mit dem Start der ersten Versteigerung von Zertifikaten im nationalen Emissionshandel (nEHS) hat Deutschland einen weiteren Schritt auf dem Weg von einem staatlich festgelegten zu einem marktbasierten CO₂-Preis für Wärme und Verkehr vollzogen.

Bei der ersten Auktion am 1. Juli wurden 21,3 Millionen „nEHS“-Zertifikate (nEZ) zu einem Preis von 65 Euro je Tonne CO₂ verkauft. Wie die EEX mitteilte, wurde damit der Höchstpreis des geltenden Preiskorridors erreicht. Deshalb kam die sogenannte 65-Euro-Regel zur Anwendung, wodurch die doppelte ursprünglich vorgesehene Zertifikatsmenge versteigert wurde.

Das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) ist seit 2021 Teil der deutschen Klimapolitik. Es erfasst die CO₂-Emissionen aus den Bereichen Wärme und Verkehr, die bislang nicht unter den europäischen Emissionshandel (ETS 1) fallen. Betroffen sind vor allem Unternehmen, die Brennstoffe wie Erdgas, Heizöl, Benzin oder Diesel in Verkehr bringen. Sie müssen für die dabei entstehenden Emissionen Zertifikate erwerben. Die dadurch entstehenden Kosten werden in der Regel über die Brennstoffpreise an Verbraucher und Unternehmen weitergegeben.

Bis Ende 2025 galt im nEHS ein staatlich festgelegter CO₂-Preis. Mit dem Jahr 2026 beginnt nun der Übergang zu einer marktbasierten Preisbildung. Für „nEZ“ für das Jahr 2026 gilt ein Preiskorridor zwischen 55 und 65 Euro. Innerhalb dieser Spanne bestimmt die Nachfrage den Preis.

Über 192 Millionen Zertifikate im Laufe des Jahres

Bereits die erste Versteigerung erreichte den maximal zulässigen Preis von 65 Euro. Deshalb wurde nach der sogenannten 65-Euro-Regel zusätzliches Auktionsvolumen freigegeben. Insgesamt wechselten mehr als 21 Millionen „nEZ“ den Besitzer. Im Laufe des Jahres sollen etwas mehr als 192 Millionen Zertifikate versteigert werden. Die Auktionen finden jeweils mittwochs zwischen 13 und 15 Uhr statt.

Ab November 2026 können Unternehmen zusätzlich Zertifikate in unbegrenzter Menge zum sogenannten Überschussmengenpreis von 68 Euro erwerben. Damit soll verhindert werden, dass es kurzfristig zu einem Mangel an Zertifikaten kommt.

Das nationale Emissionshandelssystem ist zugleich eine Übergangslösung. Ab 2027 soll das neue europäische Emissionshandelssystem ETS 2 den CO₂-Ausstoß im Gebäude- und Verkehrssektor europaweit regeln. Anders als im bisherigen deutschen System wird der Preis dann grundsätzlich am Markt ohne nationale Preisobergrenze gebildet.

Die EEX führt die Auktionen im Auftrag des Bundes durch. Sie organisiert bereits die Versteigerungen im europäischen Emissionshandel und bereitet die Einführung des EU ETS 2 vor. EEX-Vorstandschef Peter Reitz sagte: „Die erfolgreiche erste Auktion markiert einen wichtigen Meilenstein für den Emissionshandel in Deutschland.“

Für Verbraucher ergeben sich durch die erste Auktion zunächst keine unmittelbaren Änderungen. Die CO₂-Kosten sind bereits Bestandteil der Preise für fossile Brenn- und Kraftstoffe. Mit dem Übergang zu einer marktbasierten Preisbildung können die CO₂-Kosten künftig jedoch stärker schwanken als in den vergangenen Jahren mit staatlich festgelegten Preisen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Shell sieht Europas LNG-Bedarf langfristig hoch



Quelle: Shutterstock / Wojciech Wrzesien

STUDIE. Shell erwartet bis 2050 einen Anstieg der weltweiten LNG-Nachfrage um 65 Prozent. Europa bleibt laut dem Mineralöl- und Gaskonzern trotz Energiewende ein bedeutender Importmarkt.

Europa wird nach Einschätzung von Shell auch langfristig große Mengen Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) importieren. Der britische Mineralöl- und Gaskonzern mit Hauptsitz in London erwartet in seinem „LNG Outlook 2026“ zugleich, dass die weltweite LNG-Nachfrage bis 2050 gegenüber 2025 um rund 65 Prozent auf knapp 700 Millionen Tonnen pro Jahr steigt. Als wesentliche Treiber nennt das Unternehmen den steigenden Energiebedarf insbesondere in Asien sowie den Wunsch vieler Staaten nach einer sicheren und flexiblen Energieversorgung.

In den kommenden Jahrzehnten wird, so die Einschätzung von Shell, die heimische Erdgasförderung in Europa weiter zurückgehen. Gleichzeitig steige der Bedarf an flexiblen Gaskraftwerken, um wetterbedingte Schwankungen bei Wind- und Solarstrom auszugleichen. LNG werde deshalb auch künftig eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit spielen. Obwohl der Gasverbrauch in Europa langfristig zurückgehen dürfte, rechnet Shell auch 2050 mit LNG-Importen von mehr als 125 Millionen Tonnen pro Jahr. Der heutige hohe Importbedarf werde damit auf absehbare Zeit bestehen bleiben.

Einen breiten Raum nimmt im diesjährigen Outlook die geopolitische Entwicklung ein. Der Konflikt im Nahen Osten habe den weltweiten LNG-Handel erneut unter Druck gesetzt, schreibt Shell. Zeitweise sei rund ein Fünftel der monatlichen LNG-Lieferungen durch Einschränkungen des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus betroffen gewesen. Zusätzliche Lieferungen aus Nordamerika, eine höhere Auslastung bestehender Exportanlagen sowie eine geringere Nachfrage in Teilen Asiens hätten die Auswirkungen jedoch teilweise abgefedert. Sollte sich die Lage im Persischen Golf weiter entspannen, könnte der weltweite LNG-Handel 2026 etwa das Niveau des Vorjahres erreichen und 2027 wieder wachsen.



Der „Shell LNG Outlook 2026“
(zum Öffnen bitte auf das PDF klicken)
Quelle: Shell

Im Vergleich zur europäischen Gaskrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine bewertet Shell den LNG-Markt heute als deutlich robuster. Nach Einschätzung des Unternehmens haben zusätzliche Verflüssigungsanlagen, neue LNG-Importterminals und flexiblere Handelsströme die Versorgung widerstandsfähiger gemacht. Hinzu komme der wachsende Anteil langfristiger Lieferverträge. Rund zwei Drittel des weltweiten LNG-Handels werden inzwischen über solche Verträge abgewickelt. Die durchschnittlichen Einkaufspreise vieler Importeure lägen deshalb deutlich unter den kurzfristigen Spotmarktpreisen. Dies habe dazu beigetragen, die Folgen der jüngsten geopolitischen Spannungen abzufedern.

Investitionen bleiben erforderlich

Den weltweit stärksten Nachfrageanstieg erwartet Shell in Süd- und Südostasien. Bis 2050 sollen diese Regionen rund 40 Prozent der weltweiten LNG-Importe auf sich vereinen. Voraussetzung dafür seien erhebliche Investitionen in Regasifizierungsanlagen, Importterminals und den Ausbau der Gasnetze. Gleichzeitig sollen bis 2030 weltweit neue Verflüssigungskapazitäten von rund 180 Millionen Tonnen pro Jahr entstehen.

Nach Einschätzung des Unternehmens reicht dieser Ausbau allein nicht aus. Um den langfristig erwarteten Bedarf zu decken, seien in den 2030er- und 2040er-Jahren weitere LNG-Projekte mit einer Jahreskapazität von rund 200 Millionen Tonnen erforderlich. Dabei dürften insbesondere Nordamerika und die USA ihre Rolle als wichtigste Exportregion weiter ausbauen.

Als weitere Wachstumstreiber nennt der Outlook den Einsatz von LNG als Schiffskraftstoff. Bis 2035 könnte sich die dafür benötigte Menge auf 27 Millionen Tonnen pro Jahr versiebenfachen. Zudem erwartet Shell in einzelnen asiatischen Staaten zusätzliche Gasnachfrage durch den steigenden Strombedarf von Rechenzentren. Der Bericht beschreibt darüber hinaus auch die Entwicklung des weltweiten LNG-Handels und den Ausbau neuer Export- und Importkapazitäten.

Der 27 Seiten umfassende „**LNG Outlook 2026**“ steht in englischer Sprache auf der Internetseite von Shell zum Download bereit. // VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Exportpreis für LNG aus den USA



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im März 2026 betrug der Wert für tausend Kubikfuß an exportiertem US-amerikanischem LNG 7,57 US-Dollar. Verbunden mit den hohen Exportpreisen sind auch die internationalen Preise für den Import von LNG seit 2021 mit leichten Schwankungen stetig angestiegen. Als Referenz können hierfür die Importpreise von Japan herangezogen werden. Die Angaben stammen von der U.S. Energy Information Administration.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Eröffneten das Reallabor "ModuH2Pipe" (v.l.): Kai Hilgenberg, Katharina Löwe und Kai Holtappels vom BAM. Quelle: BAM

Praxisnahe Tests für Wasserstoffnetze

WASSERSTOFFNETZ. Mit einem neuen Reallabor „ModuH2Pipe“ will die BAM den sicheren Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur unterstützen. Die Testplattform simuliert den Betrieb künftiger Wasserstoffnetze.

Der Aufbau eines Wasserstoffnetzes gilt als zentrale Voraussetzung für den Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Gleichzeitig müssen zahlreiche Fragen zur Sicherheit der Infrastruktur beantwortet werden. Die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), eine Bundesoberbehörde mit Sitz in Berlin, hat am 2. Juli auf ihrem Testgelände in Baruth/Mark (Brandenburg) das Reallabor „ModuH2Pipe“ eröffnet. Nach Angaben der BAM handelt es sich um eine europaweit einzigartige Testplattform, auf der Wasserstoffpipelines und ihre Komponenten unter realitätsnahen und zugleich extremen Betriebsbedingungen untersucht werden können.

Hintergrund ist der geplante Ausbau des deutschen Wasserstoff-Kernnetzes mit einer Länge von 9.040 Kilometern bis 2032. Ein großer Teil der künftigen Infrastruktur soll durch die Umstellung bestehender Erdgasleitungen entstehen (wir berichteten). Laut BAM wirft der Ausbau zahlreiche technische Fragen auf. Etwa müsse unter anderem geklärt werden, wie sich Wasserstoff auf unterschiedliche Stähle, Dichtungen und andere Werkstoffe auswirkt. Ebenso sei zu untersuchen, ob bestehende Leitungen die Reinheit des transportierten Wasserstoffs beeinflussen können.

Tests unter realistischen Bedingungen

Genau hier setzt „ModuH2Pipe“ an. Das Reallabor soll, wie die BAM in einer Mitteilung bekannt gibt, Untersuchungen im Originalmaßstab ermöglichen. Zwei frei konfigurierbare Rohrabschnitte bilden unterschiedliche Betriebszustände eines Wasserstoffnetzes nach. So lassen sich Druckschwankungen zwischen 10 und 85 bar sowie hohe Durchflussmengen simulieren. Außerdem können gezielt Verunreinigungen beigemischt werden, um Alterungs- und Schädigungsprozesse von Werkstoffen sowie die Funktionsfähigkeit von Komponenten zu untersuchen.



Neues Reallabor für Wasserstoffnetze auf dem Testgelände „Technische Sicherheit“ der Bundesanstalt für Materialforschung
Quelle: BAM

Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur Rohrleitungen. Auch Armaturen, Dichtungen sowie Fertigungs-, Schweiß- und Reparaturverfahren will das BAM untersuchen. Zudem sollen zerstörungsfreie Prüfverfahren unter realen Bedingungen getestet und weiterentwickelt werden. Zerstörungsfreie Prüfverfahren sind Methoden, mit denen sich der Zustand von Werkstoffen oder Bauteilen überprüfen lässt, ohne sie zu beschädigen oder auszubauen. Sie dienen dazu, Risse, Korrosion, Materialermüdung oder Schweißfehler frühzeitig zu erkennen.

Die dabei gewonnenen Daten fließen in digitale Diagnose- und Entscheidungswerkzeuge ein, die Netzbetreiber unter anderem bei der Berechnung der Restlebensdauer von Leitungen und der Planung von Wartungsintervallen unterstützen.

Ein zweites Testmodul widmet sich sicherheitskritischen Fragestellungen. Dort können Rohrleitungen oder Armaturen mit Drücken von bis zu 900 bar belastet werden – deutlich oberhalb der üblichen Betriebsbedingungen. Kommt es dabei zu einem Versagen von Bauteilen, lassen sich die Auswirkungen gezielt analysieren. Auf dieser Grundlage sollen Schutzmaßnahmen und Sicherheitskonzepte weiterentwickelt werden.

Unterstützung für Netzbetreiber

Das Reallabor gehört zum Wasserstoff-Kompetenzzentrum „H2Safety@BAM“, in dem die BAM ihre Aktivitäten zur Sicherheit von Wasserstofftechnologien bündelt. „ModuH2Pipe“ richtet sich an Gasnetzbetreiber, Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Kai Holtappels, Sprecher des Wasserstoff-Kompetenzzentrums, betonte: „Die Testplattform soll ein Innovationsmotor für die Wasserstoffwirtschaft werden. Hier können Unternehmen, Netzbetreiber und Forschungseinrichtungen neue Materialien, Bauteile, Überwachungsverfahren sowie Wartungs- und Reparaturkonzepte unter praxisnahen Bedingungen erproben.“ Gemeinsam solle so das Vertrauen in Wasserstofftechnologien gestärkt und ihre breite Anwendung vorangebracht werden.

Der Aufbau der Testplattform wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) mit 3,8 Millionen Euro gefördert. Nach Angaben der BAM soll „ModuH2Pipe“ auch dazu beitragen, Regelwerke, Standards und Normen für Wasserstoffnetze weiterzuentwickeln und damit den sicheren Betrieb der künftigen Infrastruktur zu unterstützen. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Positive Einstellung zur Digitalisierung der Energiewende



Quelle: iStock / zhudifen

IT. Eine Bitkom-Umfrage zeigt eine hohe Zustimmung zu Smart Metern und flexiblen Stromtarifen. Gleichzeitig wächst die Sorge vor Angriffen auf kritische Energieinfrastrukturen.

Mehr als zwei Drittel der Haushalte in Deutschland sehen das Stromnetz als anfällig für Sabotage oder Cyberangriffe. Gleichzeitig unterstützen sie eine beschleunigte Energiewende und stehen einer Digitalisierung des Stromsystems mit intelligenten Messsystemen und dynamischen Tarifen mehrheitlich offen gegenüber. Das geht aus einer repräsentativen Befragung des Digitalverbands Bitkom unter 1.002 Haushalten hervor.

So halten 74 Prozent der Befragten das Stromnetz für anfällig gegenüber Sabotage oder gezielten physischen Angriffen, etwa auf Leitungen oder Umspannwerke. 71 Prozent sehen eine Verwundbarkeit gegenüber Cyberangriffen. Zugleich sprechen sich 93 Prozent dafür aus, der Sicherheit beim Umbau des Energiesystems denselben Stellenwert einzuräumen wie dem Klimaschutz und den Energiekosten.

Die Sorge vor Versorgungsunterbrechungen ist ebenfalls verbreitet. Fast die Hälfte (46 Prozent) der Haushalte befürchtet künftig einen mehrstündigen Stromausfall an ihrem Wohnort, während 49 Prozent dieses Risiko als gering einschätzen. Lediglich 26 Prozent halten Deutschland für gut auf länger andauernde Stromausfälle vorbereitet. Fast jeder zweite Haushalt (47 Prozent) sieht sich selbst dagegen ausreichend gerüstet. In den vergangenen zwölf Monaten haben nach eigenen Angaben 17 Prozent der Befragten einen Stromausfall von mindestens fünf Minuten erlebt.

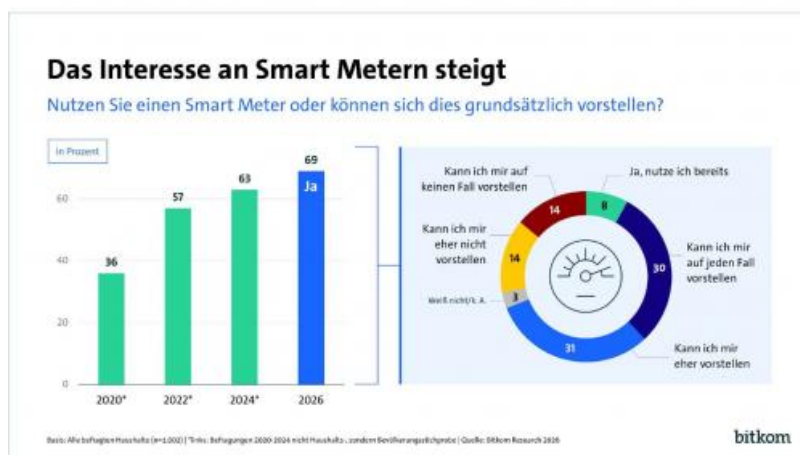
Wunsch nach Unabhängigkeit von Öl und Gas

Trotz dieser Einschätzungen wünschen sich die meisten Haushalte ein höheres Tempo bei der Energiewende. 72 Prozent bewerten den bisherigen Fortschritt als zu langsam. Gleichzeitig vertreten 92 Prozent die Auffassung, dass die Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine gezeigt habe, wie wichtig eine schnellere Unabhängigkeit von Öl und Gas sei. Mit der Energiepolitik der Bundesregierung zeigen sich allerdings lediglich 15 Prozent zufrieden.

Aus Sicht des Verbands reicht der Ausbau erneuerbarer Erzeugung allein nicht aus. Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder verweist darauf, dass Genehmigungsprozesse, Netzanschlüsse sowie Mess-, Steuerungs- und Netzbetrieb stärker digitalisiert werden müssten, um ein zunehmend dezentrales Energiesystem sicher betreiben zu können.

Die Befragung zeigt zudem einen ausgeprägten Wunsch nach mehr Transparenz beim Energieverbrauch. 90 Prozent würden es begrüßen, ihren aktuellen Stromverbrauch ähnlich einfach verfolgen zu können wie den Kraftstoffverbrauch eines Fahrzeugs. 58 Prozent wünschen sich Informationen darüber, welche Geräte im Haushalt besonders viel Strom verbrauchen. Zwei Drittel der Befragten interessieren sich außerdem für die Klimawirkung ihres Energieverbrauchs.

Eine Mehrheit steht intelligenten Messsystemen grundsätzlich offen gegenüber. Acht Prozent geben an, bereits ein Smart Meter zu nutzen. Weitere 30 Prozent können sich dessen Einsatz „auf jeden Fall“, 31 Prozent „eher“ vorstellen. Gleichzeitig bestehen Informationsdefizite: Unter den Haushalten ohne intelligentes Messsystem fühlen sich 77 Prozent nicht ausreichend informiert. Jeder zweite Haushalt hätte grundsätzlich gern ein Smart Meter, während 48 Prozent Datenschutzbedenken äußern.



Steigendes Interesse an intelligenten Messsystemen
(zum Vergrößern auf die Grafik klicken)
Quelle: Bitkom

Auch dynamische Stromtarife stoßen auf Interesse. Zwei Prozent der Befragten nutzen bereits einen entsprechenden Tarif. Weitere 68 Prozent können sich dessen Nutzung grundsätzlich vorstellen. 90 Prozent wären bereit, ihren Stromverbrauch an variable Strompreise anzupassen, wenn dadurch Kosten eingespart werden könnten. 85 Prozent würden Geräte wie Wärmepumpen, Wallboxen oder Haushaltsgeräte automatisch in Zeiten niedriger Strompreise betreiben lassen. Insgesamt bewerten 89 Prozent der Haushalte die Digitalisierung als Chance für die Energiewende, lediglich sieben Prozent sehen darin überwiegend Risiken.

Bitkom fordert vor diesem Hintergrund unter anderem einen beschleunigten Smart-Meter-Rollout, verlässliche Rahmenbedingungen im Messstellenbetriebsgesetz sowie eine stärkere Digitalisierung und

Standardisierung von Netzanschlussprozessen. Zudem spricht sich der Verband für einen breiteren Einsatz von Datenanalysen und KI im Stromverteilnetz sowie für den weiteren Ausbau der Steuerungsinfrastruktur aus. // VON FRITZ WILHELM

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Biomasse soll Erdgasbedarf am Industriestandort Langelsheim senken



Albemarle Produktionsstätte Langelsheim.
Quelle: Albemarle Coporation

BIOMASSE. Die Getec schließt den Albemarle-Standort Langelsheim an ein Biomassekraftwerk an. Das Projekt soll den Erdgaseinsatz am Chemiestandort senken und bis Ende 2027 in Betrieb gehen.

Getec und der Chemiekonzern Albemarle haben eine langfristige Energiepartnerschaft für den Produktionsstandort Langelsheim vereinbart. Kern des Projekts ist die Anbindung des Werks an ein nahegelegenes Biomassekraftwerk von Getec, teilte der Energiedienstleister mit. Damit soll der Standort künftig einen Großteil seines Dampf- und Strombedarfs aus Biomasse decken und den Einsatz von Erdgas deutlich reduzieren.

Nach Angaben der Unternehmen sollen künftig bis zu 90 Prozent des Dampfbedarfs und bis zu 80 Prozent des Strombedarfs über das Biomassekraftwerk bereitgestellt werden. Getec übernimmt den Betrieb der Anlage sowie die langfristige Versorgung des Standorts mit Dampf und Strom. Die Energieerzeugung erfolgt mit zertifizierten Holzhackschnitzeln und Landschaftspflegematerialien.

Die Unternehmen haben langfristige Liefervereinbarungen geschlossen, die sowohl die Energieversorgung des Standorts als auch die Brennstoffbereitstellung umfassen. Mit der Umstellung auf Biomasse wollen die Partner die Abhängigkeit des Werks von Erdgas reduzieren und die Versorgungssicherheit stärken. Nach Unternehmensangaben sinken die Treibhausgasemissionen des Standorts durch das Projekt um rund 20.000 Tonnen pro Jahr.

Baustart im Oktober geplant

Die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für das Vorhaben liegen nach Angaben von Getec seit Mai 2026 vor. Der Bau der Verbindungsleitung zwischen Biomassekraftwerk und Produktionsstandort soll im Oktober 2026 beginnen.

Die Inbetriebnahme der neuen Energieversorgung ist für Ende 2027 vorgesehen. Mit dem Projekt erweitert Getec sein Angebot für industrielle Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger. Für Albemarle ist die Anbindung Teil der Strategie, die Energieversorgung des Standorts langfristig auf eine breitere Basis zu stellen und den Erdgaseinsatz zu verringern. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Simon

Stadtwerke Münster sortieren GE-Windturbinen komplett aus

WINDKRAFT. Die Stadtwerke Münster sind nachtragend. Weil es mit dem Turbinenbauer GE über Jahre Konflikte an einem Standort gab, trennen die Westfalen sich nun von zwei weiteren Windkraftanlagen.

Es wird nach menschlichem Ermessen keine Zusammenarbeit mehr zwischen den Stadtwerken Münster und GE Vernova geben. Die Westfalen haben jetzt zwei einzelne Windkraftanlagen des US-amerikanischen Turbinenherstellers weiterverkauft. Es waren die letzten GE-Modelle im Bestand des Versorgers.

Wie eine Sprecherin der Domstädter auf Anfrage dieser Redaktion mitteilt, hatten die Stadtwerke „nicht mehr das notwendige Vertrauen für eine langfristige Zusammenarbeit mit dem Hersteller GE“. Sie bezieht sich damit auf einen Rechtsstreit um eine andere Turbine im Bereich Münster-Loevelingloh.

Technische Probleme hatten den Betrieb jener Anlage unwirtschaftlich bis unmöglich gemacht. Erst durch eine Klage des kommunalen Versorgers kam Bewegung in die Angelegenheit. Das Verfahren endete schließlich im September 2025 mit einer außergerichtlichen Einigung, in deren Folge Münster eine nicht näher bezifferte Millionensumme als Ersatz für entstandene Kosten und entgangene Einnahmen erhielt (wir berichteten).

Als Spätfolge dieses Streits trennen die Stadtwerke sich nun von zwei Anlagen des Typs GE 3.2 in den südlichen Stadtteilen Amelsbüren (Haus Tinnen) und Hilstrup (Raringheide). Die GE-Turbinen mit jeweils 3,23 MW Leistung waren im September 2017 in Betrieb gegangen. Hier gab es offenbar keine technischen Probleme, die Stadtwerke-Sprecherin gibt „rein strategische Gründe“ für den Verkauf an.

Als Käufer gewannen die Münsteraner den Versorger aus der Ruhrstadt Duisburg. Ein Neustart mit einem anderen Betreiber sei „der richtige Schritt“, so die Sprecherin. Für Duisburg seien die Anlagen „eine ideale Ergänzung des Erzeugungsportfolios, ohne zusätzliche Planungs- und Bauzeiten“. Innerhalb des Duisburger Stadtgebiets seien zudem vergleichbare Windenergieprojekte derzeit nicht umsetzbar.

Zum Verkaufspreis machte Münster keine Angaben. Die Westfalen verfügen nun noch über 24 Windturbinen, fünf davon auf Münsteraner Boden. Andernorts sind weitere Anlagen im Bau oder kurz vor der Inbetriebnahme.

Die grundsätzliche Abkehr von GE gilt auch, obwohl die Stadtwerke Münster im Ortsteil Amelsbüren noch mit einer Anlage des Herstellers direkt zu tun haben. Diese gehört allerdings der Genossenschaft „Unsere Münster-Energie“ (UMEG), die Stadtwerke seien dort nur für die Betriebsführung verantwortlich, so die Sprecherin. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 08152 93 11 88
  www.energiejobs.online

Baywa will Energiegeschäft loswerden



Quelle: Baywa

WIRTSCHAFT. Der Baywa-Konzern will nun auch die Sparte Wärme und Mobilität veräußern. Parallel soll die Erneuerbaren-Tochter Baywa Re an einen „Transformations-Gesellschafter“ gehen.

Die Baywa AG hat sich mit ihren wichtigsten Finanzierungspartnern und den beiden Großaktionären Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-AG sowie Raiffeisen Agrar Invest AG auf die Eckpunkte einer neuen Sanierungsvereinbarung verständigt. Das geht aus einer Ad-hoc-Meldung des Konzerns hervor. Die Vereinbarung soll die bislang geltende Sanierung fortschreiben und den Zeitraum bis Ende 2030 verlängern.

Zur Absicherung der Finanzierungspartner sollen die beiden Großaktionäre ihre zusammen rund 67,1 Prozent der Baywa-Aktien auf einen Treuhänder übertragen. Voraussetzung dafür ist eine Befreiung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht von den Vorgaben des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes.

Im operativen Geschäft will sich die Baywa künftig auf die Bereiche Agrar, Technik und Baustoffe konzentrieren und sich vollständig aus dem Energiegeschäft zurückziehen. Was neu am Sanierungsplan ist: Der Geschäftsbereich „Wärme und Mobilität“ soll demnach nun bis Ende 2029 veräußert werden. Das umfasst mehrere Geschäfte vom Heizöl- und Holzpelletverkauf bis zum Bau von Ladeparks.

Die Erlöse will das Unternehmen überwiegend für den Abbau seiner Finanzverbindlichkeiten einsetzen. Zur Verbesserung der Refinanzierungsmöglichkeiten sollen die Geschäftsbereiche Agrar und Technik in eine Tochtergesellschaft eingebracht werden.

Baywa Re verlässt den Konsolidierungskreis

Parallel zur Sanierung der Baywa wird auch die Restrukturierung der Erneuerbaren-Gesellschaft Baywa Re fortgesetzt. Baywa und der Mitgesellschafter Energy Infrastructure Partners (EIP) wollen ihre Anteile an einen „Transformations-Gesellschafter“ übertragen, schreibt die Baywa in ihrer Mitteilung – nennt aber keinen Namen. Dieser soll die Restrukturierung begleiten und anschließend den Verkauf der Beteiligung vorbereiten. Damit soll die Baywa Re aus dem Konzernabschluss der Baywa entkonsolidiert werden.

Die Finanzierungspartner erwarten, Finanzverbindlichkeiten von bis zu 900 Millionen Euro vollständig aus den Erlösen des Verkaufs der Baywa Re-Anteile zurückzuführen. Sollten die Erlöse geringer ausfallen, fließt der verbleibende Betrag ebenfalls in das nachrangige Finanzierungsinstrument ein.

Die Details zur künftigen Eigentümerstruktur sollen „in wenigen Wochen“ kommuniziert werden, wie es in einer Mail des Baywa-Re-Chefsanierers Hans-Joachim Ziems an die Führungskräfte der Gesellschaft heißt, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Bislang ist die Erneuerbaren-Tochter ein Gemeinschaftsunternehmen der Mutter Baywa AG und des Schweizer Investors EIP. „Damit setzen wir unsere Transformation noch zügiger fort, und zwar in Eigenregie“, schreibt Ziems.

Contracting-Gesellschaft bereits verkauft

Bereits im November vergangenen Jahres hatte die Baywa die Tochtergesellschaft „BayWa Energie Dienstleistungen GmbH“ (EDL) an den Düsseldorfer Energiedienstleister EGC verkauft und dafür einen „zweistelligen Millionen Euro-Betrag“ erhalten (wir berichteten).

Die auf den Betrieb von Biomasse-Heizungsanlagen und Nahwärmenetzen spezialisierte Tochtergesellschaft EDL mit Sitz in München wurde im Jahr 2009 gegründet. Das Unternehmen betreibt an 52 Standorten Wärmeerzeugungsanlagen, die vorwiegend durch Biomasse (Holzpellets und -hackschnitzel) betrieben werden und jährlich rund 51,2 Millionen kWh Wärme erzeugen. EDL betreut eine breite Kundenbasis – insbesondere Kommunen und öffentliche Auftraggeber. Die Projektstandorte befinden sich vor allem in Bayern.

Enttäuschte Hoffnungen

Der Baywa-Konzern war 2009 unter Regie des früheren Vorstandschefs Klaus Josef Lutz mit großen Hoffnungen in das Geschäft mit erneuerbaren Energien eingestiegen. Entwicklung und Betrieb von Solar- und Windparks sollten zu einem zweiten Standbein des bis dahin weitgehend auf den Agrarhandel spezialisierten Münchner Konzerns werden.

In den Jahren 2023 und 2024 gerieten die Muttergesellschaft Baywa AG und Tochterunternehmen jedoch in Schwierigkeiten: Die AG konnte die Zinskosten der über fünf Milliarden Euro Finanzschulden nicht mehr tragen, die der Konzern im Zuge der von Lutz geleiteten kreditfinanzierten Auslandsexpansion aufgehäuft hatte. Die Baywa Re hatte ihr Geschäft ebenfalls mithilfe von Darlehen aufgebaut, und wurde außerdem von

der US-Politik in Mitleidenschaft gezogen. Präsident Donald Trumps Kürzung der Zuschüsse für den Ausbau der erneuerbaren Energien verhaselte dem Unternehmen den Ausblick. Deren Vorstand geht aber davon aus, dass das Unternehmen bereits im nächsten Jahr einen operativen Gewinn erwirtschaften kann.

// VON HEIDI ROIDER UND DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Bad Kreuznacher Stadtwerke erzielen Gewinn über Plan



Aufsichtsratsvorsitzender Thomas Blechschmidt (links) und Geschäftsführer Klaus-Dieter Dreesbach. Quelle: Chantal Rubröder

BILANZ. Das Unternehmen bewertet den Geschäftsverlauf 2025 trotz rückläufiger Kennzahlen in einigen Sparten als erfolgreich.

Die Bilanz der Kreuznacher Stadtwerke wurde dieses Mal zu einem besonderen Jubiläum vorgestellt: Der Versorger aus Rheinland-Pfalz feiert 2026 sein 100-jähriges Bestehen. Das vergangene Geschäftsjahr hat das Unternehmen mit einem Ergebnis vor Steuern, Gewinnabführung und Ausgleichszahlungen an Dritte von 7,9 Millionen Euro abgeschlossen. Damit lag das Ergebnis unter dem Vorjahreswert von 9,2 Millionen Euro.

Insgesamt bewertete das Unternehmen bei der Vorstellung der Bilanzzahlen 2025 den Geschäftsverlauf trotz des intensiven Wettbewerbs als erfolgreich. So lag das Jahresergebnis „über dem geplanten Ergebnis“, wie es in einer Mitteilung heißt. Das klassische Querverbandsunternehmen versorgt rund 75.000 Menschen in Bad Kreuznach und Umgebung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Hinzu kommen Park- und Bäderdienstleistungen.

Die Umsatzerlöse gingen von 115,4 Millionen Euro im Jahr 2024 auf 110,2 Millionen Euro zurück. Als Ursache nennen die Bad Kreuznacher Verantwortlichen den verschärften Wettbewerb im Energiemarkt. „Der Wettbewerb am Energiemarkt hat sich weiter intensiviert, was zu einem anhaltenden Wechselverhalten der Kunden und damit zu einem Rückgang der Kundenanzahl und Absatzmengen im Vergleich zum Vorjahr führte“, heißt es in der Mitteilung.

Im Stromvertrieb verringerte sich der Absatz auf 124,0 Millionen kWh nach 131,7 Millionen kWh im Vorjahr. Ausschlaggebend war nach Unternehmensangaben vor allem der geringere Verkauf an Kunden. Dagegen legte der Gasabsatz leicht zu. Er stieg von 338,8 Millionen kWh auf 342,2 Millionen kWh. Verantwortlich dafür war eine wetterbedingt höhere Nachfrage bei Haushalten sowie kleineren Gewerbekunden.

Neues Wärmeservice-Angebot

Im Bereich Wärme-Contracting betrieben die Stadtwerke auch 2025 rund 300 Heizungsanlagen. Dazu zählen Erdgasheizungen, Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen und Hybridheizungen. Zudem führte das Unternehmen ein neues Wärmeservice-Angebot ein. Dabei kombiniert eine Hybridheizung eine Wärmepumpe mit einer Brennwertheizung. Nach Angaben der Stadtwerke soll das Modell die Vorteile beider Technologien miteinander verbinden.

Auch die verbundenen Gesellschaften legten ihre Ergebnisse vor. Die Betriebsgesellschaft für Schwimmbäder und Nebenbetriebe (BAD) verringerte ihren Jahresverlust auf rund 3,90 Millionen Euro, nachdem das Defizit im Vorjahr noch bei rund 4,15 Millionen Euro gelegen hatte. Zur Gesellschaft gehören unter anderem die Crucenia Thermen, die Crucenia Totes-Meer-Salzgrotten sowie das Salinenbad mit Frei- und Hallenbad.

Die Gesellschaft für Beteiligungen und Parken Bad Kreuznach (BGK) bündelt das Parkgeschäft sowie verschiedene Beteiligungen. Die Stadtwerke führten 2025 insgesamt 50,5 Prozent ihres Jahresergebnisses an die BGK ab. Das entsprach rund 2,5 Millionen Euro nach rund 3,1 Millionen Euro im Vorjahr. Die Mittel werden mit dem Defizit der BAD verrechnet. // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)

Ralf Libuda übernimmt Geschäftsführung in Detmold



Der neue Chef Ralf Libuda (links) mit seinem Vorgänger Kalikowski und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Rainer Friedrich (mitte). Quelle: Stadtwerke Detmold

PERSONALIE. Ralf Libuda hat die Geschäftsführung der Stadtwerke Detmold übernommen. Der bisherige Geschäftsführer Jörg Kalikowski übergab den Posten nach knapp zehn Jahren an seinen Nachfolger.

Zum 1. Juli 2026 hat der 56-jährige Diplom-Kaufmann Ralf Libuda die Geschäftsführung der Stadtwerke Detmold übernommen. Er folgt auf Jörg Kalikowski, der das kommunale Versorgungsunternehmen nach neuneinhalb Jahren an der Spitze verlässt, teilte der Versorger mit.

Libuda verfügt nach Auskunft der Stadtwerke Detmold über langjährige Erfahrung in der Leitung von Stadtwerken vergleichbarer Struktur ebenso wie von deutlich größeren Organisationen. Libuda war zuvor unter anderem mehr als zehn Jahre Geschäftsführer der Stadtwerke Gütersloh. Dort beendete er seine Geschäftsführungstätigkeit für die Gesellschaft und die Unternehmensgruppe der Stadtwerke Gütersloh Ende November 2024. Das teilte die Stadtverwaltung Gütersloh damals mit. Libuda hatte den Aufsichtsrat darüber informiert, „sich bereits vor Ablauf seines Dienstvertrages neuen beruflichen Herausforderungen stellen zu wollen“, hieß es damals (wir berichteten).

Ein Schwerpunkt der ersten Monate soll in Detmold nun auf der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Partnern in Stadt und Region liegen. Darüber hinaus kündigte Libuda an, die Produkte und Dienstleistungen der Stadtwerke für die Kunden weiterzuentwickeln.

Nahtloser Übergang

Kalikowski war nach Angaben der Stadtwerke bereits zwischen 1989 und 1995 als Abteilungsleiter Elektrotechnik in Detmold tätig. Anschließend leitete er mehr als drei Jahrzehnte Stadtwerke, davon neuneinhalb Jahre die Stadtwerke Detmold. Während seiner Amtszeit führte er das Unternehmen unter anderem durch die Corona-Pandemie, die Energiekrise und die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Nach Einschätzung des Aufsichtsrats übergibt er seinem Nachfolger ein wirtschaftlich und organisatorisch gut aufgestelltes Unternehmen.

Karikowski (63) wird das Unternehmen noch bis Ende des Jahres begleiten und in dieser Zeit ausgewählte Projekte zum Abschluss bringen. Damit sei ein nahtloser Übergang in der Unternehmensführung sichergestellt. // **VON HEIDI ROIDER**

[^ Zum Inhalt](#)

Vertragsverlängerung für Chefin von Jena Netze



Kristin Weiß. Quelle: Stadtwerke Energie Jena-Pößneck

PERSONALIE. Die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck haben Kristin Weiß für weitere fünf Jahre als Geschäftsführerin der Netze-Tochtergesellschaft bestellt.

Die Geschäftsführerin der Stadtwerke Jena Netze GmbH sieht einer neuen Amtszeit entgegen. Die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck haben mit Kristin Weiß frühzeitig verlängert. Der neue Vertrag der 49-Jährigen gilt von 1. Juni 2027 bis zum 31. Mai 2032.

Weiß arbeitet seit 2009 bei den Jenaer Stadtwerken. Bevor sie Geschäftsführerin wurde, leitete sie die Sparten Netzbetrieb Gas/Wasser und Technischer Kundenservice. Den Chefposten bei Netzgesellschaft hatte sie im Jahr 2021 zunächst interimswise übernommen.

Weiß habe in den knapp fünf Jahren an der Spitze der Jena Netze das „Unternehmen in einer Phase großer Herausforderungen und wachsender Anforderungen an die Energieinfrastruktur geprägt“, betonen die Stadtwerke. Mit der Vertragsverlängerung setze man ein „klares Signal für Kontinuität, Planungssicherheit und nachhaltige Entwicklung“.

Die Tochtergesellschaft der Stadtwerke Energie Jena-Pößneck verantwortet den Betrieb sowie den Ausbau der Energie- und Versorgungsnetze für Strom, Gas, Fernwärme sowie Wasser und Abwasser in Jena und der Region. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

GAS

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Anstehende Hitzewelle treibt Strom und Gas



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Zumeist fester haben sich Energiemärkte am Freitag gezeigt. Bei Erdgas scheint der bearische Effekt der Wiedereröffnung der Straße von Hormus ausgereizt zu sein. Stattdessen treiben Sorgen wegen knapper LNG-Lieferungen und niedriger Speicherstände die Preise wieder nach oben. CO2 pendelt in Erwartung der Kommissionsvorschläge zur Reform des EU-ETS um die 80-Euro-Marke.

Strom bereitet sich auf eine neue Hitzewelle ab Ende der neuen Woche vor und notiert ebenfalls fester. Nur für Öl sind moderate Abgaben zu verzeichnen. An diesem Markt rechnen Händler mit einem kurzfristigen Überangebot, da die aufgestaute Produktion aus dem Persischen Golf nun wieder ihre Kunden erreicht.

Strom: Fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Der Montag wurde mit 90 Euro pro Megawattstunde im Base gesehen. An der Börse zeigte sich der Montag in der Grundlast ebenfalls bei 89 Euro. Der Freitag hatte am Donnerstag außerbörslich mit 59,75 Euro notiert. Der Samstag wurde an der Epex Spot mit 63,40 Euro im Base und 14,34 Euro im Peak auktioniert. Negative Preise auf Stundenbasis ergaben sich für die Zeit von 10 bis 17 Uhr. Der niedrigste Preis wurde mit -10,31 Euro für die Zeit von 14 bis 15 Uhr ermittelt.

Händler führen den Preisanstieg von Freitag auf Montag auf geringere Einspeiseleistung der Erneuerbaren zurück. So prognostizieren die Meteorologen von Eurowind für den Berichtstag 48,1 Gigawatt, während am Montag nur 35,6 Gigawatt zusammenkommen sollen. Dennoch dürfte in der neuen Woche die Windeinspeiseleistung zunächst recht hoch bleiben, was sich dämpfend auf die Preise am kurzen Ende auswirken sollte. Ausgangs der neuen Woche dürfte der Wind jedoch einschlafen, während sich eine neue Hitzewelle ankündigt.

„Damit dürften auch die Preise wieder steigen und es wird auch für die Preise in Deutschland viel darauf ankommen, in welchem Umfang die Produktion der französischen Kernkraftwerke hitzebedingt zurückgefahren werden muss“, so der Händler weiter. Für Deutschland erwartet das US-Wettermodell Temperaturen, die bis zu 8 Grad Celsius über den Saisondurchschnitt hinausgehen.

Am langen Ende gewann das Cal 27 um 0,36 auf 93,28 Euro hinzu.

CO2: Die CO2-Preise haben sich am Freitag fester gezeigt. Bis gegen 13.57 Uhr gewann der Dec 26 um 0,65 auf 80,10 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 9,9 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 80,50 Euro, das Tief bei 79,25 Euro.

Die Analysten von Redshaw Advisors verweisen auf dichtgestaffelte Unterstützungen für den Dec 26 bei 79,25 Euro, 79,11 Euro sowie 79,00 bis 78,81 Euro. Widerstand wird bei 80,26 Euro, 80,66 Euro und 81,07 Euro gesehen. Die für die neue Woche von den Wetterdiensten für Europa prognostizierte

neue Hitzewelle könnte den CO2-Preisen Auftrieb verleihen, so die Analysten.

Erdgas: Fester haben sich die europäischen Gaspreise am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 14.00 Uhr um 0,690 auf 45,100 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE kletterte der Day-ahead um 0,400 auf 44,950 Euro. Händler erklären den Preisanstieg mit der Erwartung einer neuen Hitzewelle ab Ende der neuen Woche. Zudem konkurriert Europa verstärkt um knappe LNG-Lieferungen. Der Füllstand der europäischen Gasspeicher liegt mit 42 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Laut dem Netzbetreiber Gassco belaufen sich die norwegischen Gasexporte am Berichtstag auf 327,5 Millionen Kubikmeter. // VON CLAUD-DETFEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Strom Terminmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Gas Spot- und Terminmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

E&M STELLENANZEIGEN



Mitarbeiter/in für die Wasserlecksuche im Bereich des Netzbetriebs Wasser (m/w/d) Vollz...

Für die Stadtwerke Wiesloch sucht die große Kreisstadt Wiesloch sucht zum nächstmöglichen Zeitpu...
in Wiesloch

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung ● Weiterbildung



Teamleiter im Garten- und Landschaftsbau (w/m/d) - bis zu 75.000€/Jahr

Außenanlagen & Winterdienst Wir kümmern uns um die Pflege von Grünflächen und Außenanlagen so...
in München

vor 2 h

● Projektleitung ● Festanstellung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Account Manager (m/w/d) - Online Fundraising & Kampagnensteuerung

Du steuerst Online-Fundraising-Kampagnen für internationale Non-Profit-Organisationen und sorgst d...
in Garbsen

vor 2 h



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Wilmersdorf

Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Wilmersdorf Job-ID: 4210 Standort: Berlin, ...
in Kleinmachnow

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung ● Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical



Vertriebsassistent agrarfinanz (m/w/d)

Jetzt bewerben » Vertriebsassistent agrarfinanz (m/w/d) Gesellschaft: akf bank GmbH & Co KG Besc...
in Wuppertal

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung ● Kinderbetreuung / Mitarbeiterabbatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

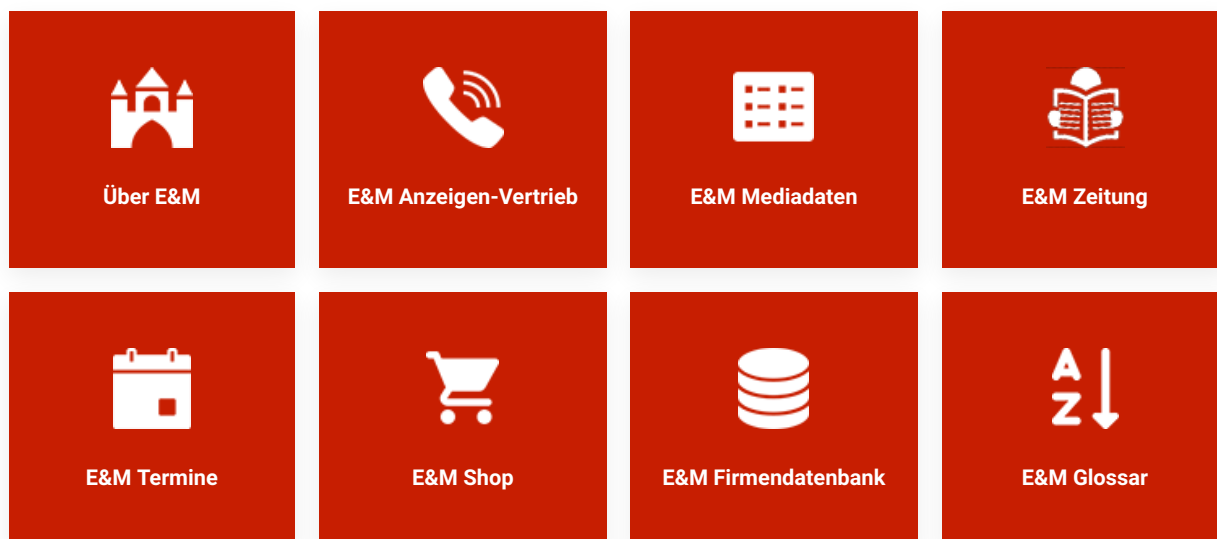


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: